



FACHHOCHSCHULE LAUSITZ
University of Applied Sciences

Mitteilungsblatt Nr. 124

**Studien - und Prüfungsordnung (SPO)
für den
Bachelor / Master - Studiengang
Technische Informatik und
Kommunikationstechnik
der Fachhochschule Lausitz**

Teil 1: Bachelor - Studium

DIE PRÄSIDENTIN

02.11.2005

Inhalt

	Seite
I. Allgemeines	
§ 1 Geltungsbereich der Prüfungs- und Studienordnung	3
§ 2 Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Abschlussgrad	3
§ 3 Berechtigung zum Studium	3
§ 4 Beginn des Studiums; Regelstudienzeit; Studenumfang	4
§ 5 Umfang und Gliederung der Prüfungen	4
§ 6 Prüfungsausschuss	5
§ 7 Prüfer und Beisitzer	5
§ 8 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen	5
§ 9 Bewertung von Modulprüfungen	6
§ 10 Wiederholung von Prüfungen	6
§ 11 Versäumnis; Rücktritt; Täuschung; Ordnungsverstoß	7
II. Modulprüfungen	7
§ 12 Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen	7
§ 13 Zulassung zu Modulprüfungen	8
§ 14 Durchführung von Modulprüfungen	8
§ 15 Klausurarbeiten	9
§ 16 Mündliche Prüfungen	9
III. Praktischer Studienabschnitt	9
§ 17 Praktischer Studienabschnitt	9
IV. Abschlussarbeit	11
§ 18 Abschlussarbeit	11
§ 19 Zulassung zur Abschlussarbeit	11
§ 20 Ausgabe und Bewertung der Abschlussarbeit	12
§ 21 Abgabe und Bewertung der Abschlussarbeit	12
V. Ergebnis der Abschlussprüfung; Zusatzmodule	13
§ 22 Ergebnis der Abschlussprüfung	13
§ 23 Zusatzmodule	14
§ 24 Zeugnis und Gesamtnote	14
VI. Schlussbestimmungen	15
§ 25 Einsicht in die Prüfungsakten	15
§ 26 Ungültigkeit von Prüfungen	15
§ 27 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften	15
Anlage Curriculum	16

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungs- und Studienordnung

(1) Diese Studien- und Prüfungsordnung gilt für die Durchführung und den Abschluss des Studiums im Bachelor – Studiengang „Technische Informatik und Kommunikationstechnik“ im Fachbereich Informatik/Elektrotechnik/Maschinenbau der Fachhochschule Lausitz. Sie regelt den Inhalt und Aufbau des Studiums unter Berücksichtigung der fachlichen und hochschuldidaktischen Entwicklung und der Anforderungen der beruflichen Praxis und die Durchführung der Prüfungen.

§ 2

Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Abschlussgrad

(1) Das zur Abschlussprüfung führende Studium soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 6 BbgHG) der/dem Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte seines Studienfachs vermitteln und ihn befähigen, wissenschaftliche Methoden anzuwenden, praxisgerechte Problemlösungen zu erarbeiten und dabei auch außerfachliche Bezüge zu beachten. Das Studium soll die schöpferischen und gestalterischen Fähigkeiten der/des Studierenden entwickeln und sie/ihn auf die Abschlussprüfung vorbereiten.

(2) Die Abschlussprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. Durch die Abschlussprüfung soll festgestellt werden, ob die/der Studierende die für eine selbständige Tätigkeit im Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat und befähigt ist, methodisch selbständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu arbeiten.

(3) Auf Grund der bestandenen Abschlussprüfung wird der Hochschulgrad "Bachelor of Engineering" verliehen.

§ 3

Berechtigung zum Studium

(1) Als Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums wird neben der Fachhochschulreife der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gefordert.

(2) Der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gilt als erbracht, wenn der/die Studienbewerber/in die Qualifikation für das Studium durch das Abschlusszeugnis eines Oberstufenzentrums für Technik in einer Fachrichtung, deren Abschluss für den Studiengang einschlägig ist, erworben hat. Studienbewerber, die die Qualifikation eines Oberstufenzentrums für Technik in einer anderen Fachrichtung besitzen, müssen ein Praktikum von 4 Wochen nachweisen. Studienbewerber, die die Qualifikation für das Studium auf andere Weise erworben haben, müssen ein Praktikum von 8 Wochen nachweisen.

(3) Das Praktikum soll nachweislich Tätigkeiten in einem für das Studium einschlägigen Bereich umfassen.

(4) Einschlägige Ausbildungs- und Berufstätigkeiten werden auf das Praktikum angerechnet. Über die Anrechnung entscheidet der Dekan des Fachbereichs.

(5) Beruflich qualifizierte Bewerber ohne Fachhochschulzugangsberechtigung können auf der Grundlage des § 25 Abs. 3 BbgHG über eine fachbezogene Eignungsprüfung den Zugang zum Studium erwerben. Die Prüfung findet einmal jährlich statt. Sie besteht aus einer schriftlichen und einer mündlichen Teilprüfung.

§ 4

Beginn des Studiums; Regelstudienzeit; Studienumfang

(1) Das Studium kann nur im Wintersemester aufgenommen werden.

(2) Das Studium umfasst eine Regelstudienzeit von sieben Semestern. Die Regelstudienzeit schließt eine von der Fachhochschule begleitete und betreute berufspraktische Tätigkeit von mindestens 14 Wochen (Praktischer Studienabschnitt) und die Prüfungszeit ein.

(3) Für den erfolgreichen Abschluss des Studiums sind mindestens 210 Credits (30 Credits pro Semester) erforderlich. Einzelheiten sind den in der Anlage beigefügten Studienplänen zu entnehmen.

§ 5

Umfang und Gliederung der Prüfungen

(1) Die Abschlussprüfung gliedert sich in studienbegleitende Modulprüfungen und einen abschließenden Prüfungsteil.

(2) Die Modulprüfungen sind in dem auf den jeweiligen Modul folgenden Prüfungszeitraum abzulegen. Ausnahmen bedürfen eines Antrages.

(3) Die Zulassung zu einer Modulprüfung kann an bestimmte Voraussetzungen (z.B. Laborpraktika, Projekte u.ä.) geknüpft sein.

(4) Der abschließende Prüfungsteil besteht aus einer Abschlussarbeit und einem Kolloquium, das sich an die Arbeit anschließt.

(5) Das Studium sowie das Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, dass das Studium einschließlich der Abschlussprüfung mit Ablauf des siebenten Semesters abgeschlossen sein kann.

§ 6

Prüfungsausschuss

- (1) Der Dekan ist gemäß § 73 (2) BbgHG verantwortlich für die Studien- und Prüfungsorganisation. Er setzt in Abstimmung mit dem Fachbereichsrat einen Prüfungsausschuss ein.
- (2) Die bestellten Mitglieder des Prüfungsausschusses wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden.
- (3) Der Prüfungsausschuss bearbeitet und entscheidet studentische Beschwerden und Einsprüche in Prüfungsangelegenheiten, er tagt nichtöffentlich und fällt seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Votum des Vorsitzenden.
- (4) Der Prüfungsausschussvorsitzende nimmt Beschwerden und Einsprüche entgegen, leitet die Ausschusssitzungen und gibt die Entscheidungen des Ausschusses bekannt.

§ 7

Prüfer und Beisitzer

- (1) Der Dekan bestellt die Prüfer und die Beisitzer. Für die Bestellung zum Prüfer gilt § 12 (3) BbgHG.
- (2) Die/der Studierende kann für die Beurteilung der Abschlussarbeit Prüfer vorschlagen. Auf den Vorschlag des Kandidaten ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.
- (3) Der/dem Studierenden werden die Namen der Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung oder der Ausgabe der Abschlussarbeit, erfolgen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

§ 8

Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Einschlägige Studienzeiten an anderen Fachhochschulen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes sowie dabei erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt.
- (2) Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden auf Antrag anerkannt, soweit sie gleichwertig sind. Gleiches gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden. Für die Gleichwertigkeit sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der Dekan über die Anrechnung.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Anrechnung von praktischen Studienabschnitten und dabei erbrachten Studienleistungen entsprechend.

§ 9

Bewertung von Modulprüfungen

(1) Prüfungsleistungen sind durch Noten mit maximal einer Dezimalstelle zu beurteilen. Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

Note	Prozentpunkte	Prädikat
1,0	(≥ 95 %)	hervorragend
1,3	(≥ 90 %)	sehr gut
1,7	(≥ 85 %)	gut
2,0	(≥ 80 %)	
2,3	(≥ 75 %)	
2,7	(≥ 70 %)	befriedigend
3,0	(≥ 65 %)	
3,3	(≥ 60 %)	
3,7	(≥ 55 %)	ausreichend
4,0	(≥ 50 %)	
5,0	(< 50 %)	nicht ausreichend

Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

§ 10

Wiederholung von Prüfungen

(1) Die Abschlussprüfung kann jeweils in den Teilen, in denen sie nicht bestanden ist oder als nicht bestanden gilt, wiederholt werden. Die Wiederholung soll in den vorgesehenen Prüfungszeiträumen der auf den erfolglosen Versuch folgenden Semester stattfinden.

(2) Eine nicht bestandene Modulprüfung kann zweimal wiederholt werden.

(3) Die Abschlussarbeit und das Kolloquium können je einmal wiederholt werden.

(4) Versäumt die/der Studierende, die/der eine Modulprüfung nicht bestanden hat, sich zu dem Prüfungstermin des jeweiligen folgenden Semesters anzumelden, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass die/der Studierende das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat.

(5) Versäumt eine/ein Studierende/Studierender, die/der das Kolloquium erstmals nicht bestanden hat, sich innerhalb von zwölf Monaten erneut zum Kolloquium zu melden, erlischt

der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass die/der Studierende das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat. Die erforderlichen Feststellungen trifft der Dekan.

§ 11

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Modulprüfung gilt als "nicht ausreichend" (Note 5) bewertet, wenn die/der Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie/er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht vor Ablauf der Prüfung erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn die/der Studierende die Abschlussarbeit nicht fristgemäß abliefern.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Dekan unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der/des Studierenden kann die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Dekan die Gründe an, so wird der/dem Studierenden mitgeteilt, dass sie/er die Zulassung zu der entsprechenden Modulprüfung erneut beantragen kann.

(3) Versucht die/der Studierende, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Modulprüfung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Eine/ein Studierende/Studierender, die/der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wird die/der Studierende von der weiteren Erbringung einer Prüfung ausgeschlossen, kann sie/er verlangen, dass diese Entscheidung vom Dekan überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Festlegungen eines Prüfers oder Aufsichtführenden gemäß Satz 1.

II. Modulprüfungen

§ 12

Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen

(1) In den Modulprüfungen soll festgestellt werden, ob die/der Studierende Inhalt und Methoden der Prüfungsmodule in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden kann.

(1) Die Prüfungsanforderungen sind an dem Inhalt der Lehrveranstaltungen zu orientieren, die für den betreffenden Modul vorgesehen sind.

(3) Die Modulprüfung besteht in einer schriftlichen Klausurarbeit mit einer Bearbeitungszeit von zwei bis vier Zeitstunden, in einer mündlichen Prüfung von mindestens dreißig Minuten Dauer oder einer Projektarbeit. Der Prüfer legt in der Regel mindestens zwei Monate vor einem Prüfungstermin die Prüfungsform und im Fall einer Klausurarbeit deren Bearbeitungszeit

im Benehmen mit dem Dekan für alle Studierenden der jeweiligen Prüfung einheitlich und verbindlich fest.

(4) Der praktische Studienabschnitt wird lediglich mit „erfolgreich abgeschlossen“ oder „nicht erfolgreich abgeschlossen“ bewertet. Bei einer Negativbewertung muss der praktische Studienabschnitt wiederholt werden.

§ 13

Zulassung zu Modulprüfungen

(1) Zu einer Modulprüfung kann nur zugelassen werden, wer als Student an der Fachhochschule Lausitz immatrikuliert ist.

(2) In bestimmten Fällen ist der erfolgreiche Abschluss eines Laborpraktikums notwendige Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung. Der Modulverantwortliche gibt das zu Beginn der Lehrveranstaltungsreihe bekannt.

(3) Die Studierenden gelten automatisch für den auf den jeweiligen Modul folgenden Prüfungszeitraum als für die Modulprüfung eingeschrieben. Änderungen bedürfen eines schriftlichen Antrages, der spätestens 10 Tage vor der jeweiligen Modulprüfung beim Prüfungsamt vorliegen muss.

(4) Wahlpflichtmodule, in denen die/der Studierende die Modulprüfung ablegen will, sind mit der Einschreibung zum Modul verbindlich festgelegt. Änderungen bedürfen eines Antrages analog Absatz (3).

§ 14

Durchführung von Modulprüfungen

(1) Die Modulprüfungen finden außerhalb der Lehrveranstaltungen statt. Prüfungen können als schriftliche Prüfung (Klausur) oder mündliche Prüfung durchgeführt werden. Im Falle einer Projektarbeit ist ein Kolloquium zur Verteidigung anzusetzen.

(2) Für jedes Modul ist mindestens ein Prüfungstermin im Semester anzusetzen. Er soll in der Regel innerhalb der im zentralen Studienjahresablaufplan festgelegten Prüfungszeiträume liegen.

(3) Der Prüfungstermin wird der/dem Studierenden rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekannt gegeben.

(4) Die/der Studierende hat sich auf Verlangen des Prüfers oder Aufsichtführenden mit einem amtlichen Ausweis auszuweisen.

(5) Macht die/der Studierende durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass sie/er wegen körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Dekan gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Er hat dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel kann der Dekan weitere Nachweise fordern.

(6) Kann die Studierende durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft machen, dass sie den Mutterschutz in Anspruch nehmen kann, hat der Dekan zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form und zu anderen Zeiträumen zu erbringen.

§ 15

Klausurarbeiten

(1) In den Klausurarbeiten soll die/der Studierende nachweisen, dass sie/er in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Moduls mit geläufigen Methoden ihrer/seiner Fachrichtung erkennen und auf richtigem Wege zu einer Lösung finden kann.

(2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet der Prüfer.

§ 16

Mündliche Prüfungen

(1) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers [§ 7 (1) Satz 3] oder vor mehreren Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Vor der Festsetzung der Note hat der Prüfer den Beisitzer oder die anderen Prüfer zu hören.

(2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist der/dem Studierenden unmittelbar im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(3) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Kandidat bei der Meldung zur Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

III. Praktischer Studienabschnitt

§ 17

Praktischer Studienabschnitt

(1) Im Studium ist eine berufspraktische Tätigkeit von mindestens 14 Wochen (Praktischer Studienabschnitt) integriert. Der Praktische Studienabschnitt gliedert sich in praktische Ausbildung und das semesterbegleitende Kolloquium. Zum Praktischen Studienabschnitt kann nur zugelassen werden, wer an der Fachhochschule Lausitz eingeschrieben ist und alle Modulprüfungen bis auf eine bestanden hat.

(2) Der Praktische Studienabschnitt soll die/den Studierenden an die berufliche Tätigkeit durch konkrete Aufgabenstellung und praktische Mitarbeit in Betrieben oder anderen Einrichtungen der Berufspraxis heranführen. Es soll insbesondere dazu dienen, die im bisherigen Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden und die bei der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen zu reflektieren und auszuwerten.

(3) Der Dekan bestellt einen Beauftragten für den Praktischen Studienabschnitt, der die organisatorischen Aufgaben des Praktischen Studienabschnittes wahrnimmt.

(4) Die erfolgreiche Teilnahme am Praktischen Studienabschnitt wird von dem für die Begleitung zuständigen Lehrenden bescheinigt, wenn

1. eine Bestätigung der Ausbildungsstätte über die Mitarbeit der/des Studierenden vorliegt,
2. die/der Studierende das dem Praktischen Studiensemester zugeordnete Kolloquium erfolgreich bestanden hat.
3. die berufspraktische Tätigkeit der/des Studierenden dem Zweck des Praktischen Studienabschnitts entsprochen und die/der Studierende die ihm übertragenen Arbeiten zufriedenstellend ausgeführt hat.

(5) Die/der Studierende ist verpflichtet, sich rechtzeitig um eine Stelle für den Praktischen Studienabschnitt in einem geeigneten Betrieb oder einer anderen geeigneten Einrichtung der Berufspraxis zu bemühen. Über die Zusage einer Stelle für den Praktischen Studienabschnitt ist der Beauftragte für den Praktischen Studienabschnitt unverzüglich zu informieren. Er ist ebenfalls zu informieren, wenn die/der Studierende trotz nachgewiesener mehrfacher Bemühungen bis zwei Wochen vor Ablauf der Vorlesungszeit des dem Praktischen Studienabschnitt vorausgehenden Semesters keine geeignete Stelle für den Praktischen Studienabschnitt gefunden hat. In diesem Fall ist der Fachbereich zur Hilfe verpflichtet.

(6) Betriebe oder andere Einrichtungen der Berufspraxis sind für die Ableistung des Praktischen Studienabschnitts geeignet, wenn sie sicherstellen,

- dass die/der Studierende während des Praktischen Studienabschnitts mit studienbezogenen Tätigkeiten beschäftigt wird,
- dass die/der Studierende während des Praktischen Studienabschnitts von einem dazu geeigneten hauptberuflichen Mitarbeiter angeleitet wird,
- dass mit der/dem Studierenden eine entsprechende vertragliche Vereinbarung abgeschlossen wird.

(7) Mit dem Praktikumsbetrieb ist ein Vertrag abzuschließen, in dem die Rechte und Pflichten des Betriebes oder der Einrichtung, der/des Studierenden und der Fachhochschule geregelt sind.

(8) Über die Eignung eines Betriebes oder einer anderen Einrichtung der Berufspraxis für die Ableistung des Praktischen Studienabschnitts entscheidet der Beauftragte für den Praktischen Studienabschnitt. Die Eignungsfeststellung ist Voraussetzung für den Abschluss des Vertrages gemäß Absatz 7 durch die Studierenden.

(9) Während des Praktischen Studienabschnitts bleibt die/der Studierende Mitglied der Fachhochschule Lausitz. Er unterliegt daneben den Weisungen und Vorschriften des Betriebes, in dem er den Praktischen Studienabschnitt ableistet. Bei erheblichen Problemen im Zusammenhang mit seiner Praxistätigkeit hat die/der Studierende den ihr/ihm zugewiesenen Ansprechpartner gemäß Absatz 10 unverzüglich zu informieren.

(10) Der / dem Studierenden wird für die Dauer des Praktischen Studienabschnitts ein hauptamtlich im Studiengang Lehrender als Ansprechpartner zugewiesen. Die Zuweisung erfolgt durch den Dekan. Dem Ansprechpartner obliegt die Beratung der Studierenden in fachlichen Fragen und bei der Anfertigung der Abschlussberichte.

(11) Die/der Studierende hat über seine Praxistätigkeit einen schriftlichen Bericht mit Darstellung und Reflexion ihrer/seiner Erfahrungen anzufertigen. Der Termin, an dem der Bericht vorzulegen ist, wird vom Betreuer festgelegt.
Der Bericht ist Grundlage für die im Kolloquium zu erbringende Modulprüfung.

IV. Abschlussarbeit

§ 18

Abschlussarbeit

(1) Die Abschlussarbeit soll zeigen, dass die/der Studierende befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus ihrem/seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten. Die Abschlussarbeit ist in der Regel eine eigenständige Untersuchung mit einer konstruktiven, experimentellen oder einer anderen Aufgabenstellung und einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung. In fachlich geeigneten Fällen kann sie auch eine schriftliche Hausarbeit mit fachliterarischem Inhalt sein.

(2) Die Abschlussarbeit kann von jedem Professor, der gemäß § 7 (1) zum Prüfer bestellt werden kann, ausgegeben und betreut werden. Die Betreuung kann auch von einem Honorarprofessor oder einem Lehrbeauftragten, der mit entsprechenden Aufgaben betraut ist, übernommen werden. Die Abschlussarbeit darf mit Zustimmung des Dekans in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann. Dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Abschlussarbeit sowie für den Betreuer zu machen.

(3) Die Abschlussarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

§ 19

Zulassung zur Abschlussarbeit

(1) Zur Abschlussarbeit kann zugelassen werden, wer den Praktischen Studienabschnitt erfolgreich abgeleistet hat und alle Modulprüfungen bestanden hat.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Dekan zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Abschlussarbeit und zur Ablegung der Abschlussprüfung im gleichen Studiengang.

Dem Antrag soll eine Erklärung darüber beigefügt werden, welcher Prüfer zur Ausgabe und Betreuung der Abschlussarbeit bereit ist.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet der Dekan. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind oder
- c) im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Abschlussarbeit der/des Studierenden ohne Wiederholungsmöglichkeit als nicht ausreichend bewertet worden ist oder die/der Studierende eine der in Absatz 2 Satz 2 Nr. 2 genannten Prüfungen endgültig nicht bestanden hat oder
- d) wenn die/der Studierende im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 20

Ausgabe und Bearbeitung der Abschlussarbeit

(1) Die Ausgabe der Abschlussarbeit erfolgt über den Dekan. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem der Dekan das von dem Betreuer der Abschlussarbeit gestellte Thema der/dem Studierenden bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Der Zeitraum für die Bearbeitung der Abschlussarbeit (Ausgabe der Aufgabe bis Abgabe der Abschlussarbeit) beträgt zwei Monate. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Abschlussarbeit innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Im Ausnahmefall kann der Dekan auf einen vor Ablauf der Frist gestellten begründeten Antrag die Bearbeitungszeit um bis zu vier Wochen verlängern. Der Betreuer der Abschlussarbeit soll zu dem Antrag gehört werden. Eine nochmalige Verlängerung ist ausgeschlossen.

§ 21

Abgabe und Bewertung der Abschlussarbeit

- (1) Die Abschlussarbeit ist fristgemäß beim Dekan abzuliefern. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Abschlussarbeit hat die/der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie/er ihre/seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.
- (2) Die Abschlussarbeit ist von zwei Prüfern zu bewerten, von denen einer ein Professor sein muss.
- (3) Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfer wird die Note der Abschlussarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, sofern die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt.
- (4) Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr oder hat ein Prüfer die Arbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, so wird vom Dekan ein dritter Prüfer bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Abschlussarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen. Die Abschlussarbeit kann jedoch nur dann als "ausreichend" (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten "ausreichend" (4,0) oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.
- (5) Das Kolloquium ergänzt die Abschlussarbeit und ist selbständig zu bewerten. Es dient der Feststellung, ob die/der Studierende befähigt ist, die Ergebnisse der Abschlussarbeit, ihre fachlichen Grundlagen, ihre fächerübergreifenden Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen und selbständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen. Dabei soll auch die Bearbeitung des Themas der Abschlussarbeit mit dem Kandidaten erörtert werden.

V. Ergebnis der Abschlussprüfung; Zusatzmodule

§ 22

Ergebnis der Abschlussprüfung

- (1) Die Abschlussprüfung ist bestanden, wenn alle vorgeschriebenen Modulprüfungen bestanden sowie die Abschlussarbeit und das Abschlusskolloquium mindestens als "ausreichend" (4,0) bewertet worden sind.
- (2) Die Abschlussprüfung ist nicht bestanden, wenn eine der in Absatz 1 benannten Prüfungsleistungen endgültig als "nicht ausreichend" bewertet worden ist oder als "nicht ausreichend" bewertet gilt. Über die nicht bestandene Abschlussprüfung oder über den Verlust des Prüfungsanspruchs gemäß § 10 (5, 6) wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt der Dekan nach der Exmatrikulation eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungsleistungen und Leistungsnachweise und deren Benotung sowie die zur Abschlussprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen oder Leistungsnachweise enthält. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass die/der Studierende die Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden oder ihren/seinen Prüfungsanspruch gemäß § 10 verloren hat.

§ 23

Zusatzmodule

- (1) Der Student kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Modulen einer Prüfung unterziehen (Zusatzmodule). Das Ergebnis dieser Modulprüfungen wird auf Antrag in das Zeugnis aufgenommen, bei der Festsetzung der Gesamtnote jedoch nicht berücksichtigt.
- (2) Als Prüfung in Zusatzmodulen gilt auch, wenn der Studierende aus einem Katalog von Wahlmodulen mehr als die vorgeschriebene Anzahl auswählt und durch Modulprüfungen abschließt. In diesem Fall gelten die zuerst abgelegten Modulprüfungen als die vorgeschriebenen Prüfungen, es sei denn, der Student hätte vor der ersten Prüfung etwas anderes bestimmt.
- (3) Für erfolgreich abgeschlossene Zusatzmodule werden keine Kreditpunkte vergeben.

§ 24

Zeugnis, Gesamtnote

- (1) Über die bestandene Abschlussprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält die Noten der Modulprüfungen, die Note der Abschlussarbeit, die Note des Abschlusskolloquiums sowie die Gesamtnote der Abschlussprüfung. In dem Zeugnis werden ferner der erfolgreiche Abschluss des Praktischen Studienabschnitts und gegebenenfalls auf Antrag die Noten von Zusatzmodulen testiert. Ebenso ist der gewählte Studiengang im Zeugnis kenntlich zu machen. Entsprechendes gilt für Prüfungsleistungen, die an einer anderen Hochschule erbracht und nach § 8 angerechnet worden sind.
- (2) Die Gesamtnote der Abschlussprüfung wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten gemäß § 9 gebildet. Dabei werden folgende Notengewichte zugrunde gelegt:

Modulnotendurchschnitt:	siebenfach
Abschlussarbeit:	zweifach
Abschlusskolloquium:	einfach
- (3) Das Zeugnis ist mit dem Prägestempel der Hochschule zu siegeln und vom Dekan zu unterzeichnen. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung (Abschlusskolloquium) erbracht worden ist.
- (4) Gleichzeitig mit dem Zeugnis erhält der Kandidat die Bachelor - Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Die Urkunde wird vom Präsidenten und vom Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Fachhochschule versehen.
- (5) Zusätzlich zum Zeugnis erhält der Absolvent ein „Diploma supplement“, in dem die erreichte Qualifikation, das Qualifikationsniveau und die Inhalte der studierten Fachgebiete entsprechend den Festlegungen der Europäischen Kommission beschrieben sind.

VI. Schlussbestimmungen

§ 25

Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird der/dem Studierenden auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten gewährt.
- (2) Die Einsichtnahme ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses möglich. Ort und Zeit der Einsichtnahme werden bekannt gegeben.

§ 26

Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) Hat die/der Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 24 bekannt, so kann der Dekan nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die/der Studierende getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Abschlussprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die/der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 24 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung getilgt. Hat die /der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Modulprüfung für „nicht ausreichend“ und die Abschlussprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.
- (3) Das unrichtige Prüfungszeugnis oder die unrichtige Bescheinigung nach § 24 ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 24 ausgeschlossen.

§ 27

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

- (1) Die Prüfungsordnung tritt nach der Genehmigung durch die Präsidentin am Tage nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der FHL in Kraft.
- (2) Die Studien- und Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden die ihr Studium zum Wintersemester 2005/2006 aufnehmen. Für bereits immatrikulierte Studierende wird diese Studien- und Prüfungsordnung ab dem 4. Studiensemester angewendet.

Die Studien- und Prüfungsordnung wurde durch den Fachbereichsrat des Informatik/ Elektrotechnik/ Maschinenbau am 11.05.2005 erlassen, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur angezeigt und durch die Präsidentin am 24.10.2005 genehmigt.

Anlage

Grundstudium

Studienmodul	1. Sem.		2. Sem.		3. Sem.	
	SWS Prüf.	credit	SWS Prüf.	credit	SWS Prüf.	credit
Mathematik 1	8 MP	9				
Mathematik 2			6 MP	6		
Experimentalphysik 1	4 MP	4				
Experimentalphysik 2			4 MP	5		
Physikalisches Praktikum			1		1 MP	2
Elektronische Bauelemente und Grundschaltungen					4 MP	5
Mathematische Grundlagen der Informatik	3 MP	2				
Prozedurale Programmierung	4 MP	5				
Objektorientierte Programmierung 1			4 MP	5		
Objektorientierte Programmierung 2					4 MP	4
Rechnerarchitektur	4 MP	4				
Betriebssysteme			4 MP	5		
Elektrotechnik 1 Schaltungsanalyse	4 MP	6				
Elektrotechnik 2 Felder			4 MP	5		
Elektrotechnik 4 Laborpraktikum					4 MP	4
Messtechnik			4 MP	4		
Systemtheorie					4 MP	5
Betriebswirtschaftslehre					4 MP	5
Fremdsprache					4 MP	5
SWS / Prüfungen	27 / 5 MP	30	27 / 6 MP	30	25 / 7 MP	30

Fachstudium

Studienmodul	4.Sem.		5.Sem.		6.Sem.		7.Sem.	
	SWS Prüf.	credit	SWS Prüf.	credit	SWS Prüf.	credit	SWS Prüf.	credit
Softwareengineering 1	4 MP	5						
Softwareengineering 2			4 MP	5				
Nachrichtentechnik 1	4 MP	5						
Nachrichtentechnik 2			4 MP	5				
Elektromagnetische Ver- träglichkeit	4 MP	5						
Entwurf u. Simulation elek- tronischer Schaltungen 1	4 MP	5						
Entwurf u. Simulation elek- tronischer Schaltungen 2			4 MP	5				
Mikroprozessortechnik			4 MP	5				
Maschinenorientiertes Pro- grammieren					8 MP	10		
Kommunikationsnetze 1	4 MP	5						
Kommunikationsnetze 2			4 MP	5				
Optische Kommunikations- systeme					4 MP	5		
Hochfrequenztechnik					4 MP	5		
1. Wahlmodul	4 MP	5						
2. Wahlmodul					4 MP	5		
3. Wahlmodul					4 MP	5		
praktischer Studienab- schnitt							MP	15
Abschlussarbeit							MP	12
Kolloquium							MP	3
Fachübergreifendes Projekt			MP	5				
SWS / Prüfungen	24 / 7 MP	30	20 6 MP	30	24 / 5 MP	30	3 MP	30

MP – Modulprüfung

Mögliche Wahlmodule sind u.a.:

- Rechnergesteuerte Messdatenerfassung
- Moderne frequenzselektive Bauelemente
- Treiberprogrammierung
- Rhetorik/Präsentationstechniken
- Sozialwissenschaften
- Patentwesen
- Technikgeschichte
- soziale Kompetenz